

* (Der Ruf nach einem neuen Tarif.) Die Wiener Autobetriebsgesellschaft m. b. S. hat gemeinsam mit der Wiener Automobil-Taxameter- und Verkehrsgesellschaft m. b. S. und der Wiener Autotaxi-Betriebsgesellschaft m. b. S. bei der Polizeidirektion die Forderung nach einer Neuregelung ihres Tarifes erhoben. Wie sie uns in einem Schreiben mitteilen, fordern sie, daß der Zuschlag von fünfzig auf hundert Prozent erhöht und gleichzeitig der alte Maximaltarif wieder eingeführt werde, da sie auch mit dem hundertprozentigen Zuschlag bei der fortschreitenden Steigerung der Gesehungskosten mit Verlusten zu arbeiten gezwungen seien. Die Unternehmungen erklären, daß sie für den Fall, als die gewünschten Tarife nicht bewilligt würden, ihre Betriebe einstellen müßten. Auch wird in der Eingabe ein schon früher eingebrachter Antrag zur Gründung einer Verkehrszentrale wiederholt. Diese Zentrale hätte insbesondere die Aufgabe, beim Kriegsministerium die Beistellung von Betriebsmitteln zu erwirken und diese zu verteilen. Die Zentrale hätte aber auch nach Regelung der Tarife dem Publikum je nach Dringlichkeit Wagen beizustellen, so daß vor allem militärische, ärztliche und schließlich Bahn- und Privatfahrten, jedoch keinesfalls Luxusfahrten gesichert wären. Aber auch die Deffentlichkeit wäre dann vor Tarifüberschreitungen geschützt, während jetzt ein Teil der Fuhrwerker infolge der zu geringen Tage seine Blauwagen eingezogen hat und nur mehr unnummerierte Wagen auf telephonische Bestellungen zu Phantastepreisen vermietet werden.